

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 03/2011

EVP WILL EINE REFORM DER ERBSCHAFTSSTEUER

Mit einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer will die EVP einen Beitrag zur Sicherung der AHV leisten. Die Unterschriftensammlung startet im August.

HEINER STUDER,
PRÄSIDENT DER EVP SCHWEIZ

Die AHV braucht mittelfristig zusätzliche Einnahmen, weil die Menschen immer älter werden. Eine nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer leistet dazu einen Beitrag, ohne dass die Lohnprozente oder die Mehrwertsteuersätze erhöht werden müssen. Oder bei den Renten gekürzt wird. Zusammen mit Partnern bereitet die EVP eine entsprechende Volksinitiative vor. So haben es die Delegierten am 19. März in Winterthur beschlossen.

Lead der EVP ist unbestritten

Als lancierende Organisationen stehen mittlerweile fest: EVP, ChristNet, CSP, Grüne, SGB und SP. Dabei ist der Lead der EVP völlig unbestritten und die Initiativpartner sind sogar froh darum, weil sie mit eigenen Initiativen und anderen Projekten mehr als ausgelastet sind. Auch das Initiativkomitee wird sich schwergewichtig aus Vertreterinnen und Vertretern dieser Organisationen zusammensetzen. Für die EVP nehmen Einsitz: Parteipräsident Heiner Studer, Markus Wenger, Leiter KMU-Netzwerk der EVP, Sara Fritz, Co-Präsidentin der *jev und Nationalrätin Marianne Streiff-Feller.

Aktuell übersetzen die Sprachdienste der Bundeskanzlei den Initiativtext auf Französisch und Italienisch. Das ist gar nicht so ein-

fach, weil der rechtliche Gehalt in allen Sprachen derselbe sein muss. Gleichzeitig werden ein grafisches Erkennungsmerkmal, die Unterschriftenbogen sowie ein Plakat erarbeitet. Die EVP hat mit der beauftragten Agentur bereits bei der Abstimmung zum Partnerschaftsgesetz sehr gute Erfahrungen gemacht.

Sammelstart im August

Läuft alles wie geplant, wird die Initiative Mitte August im Bundesblatt veröffentlicht. Ab diesem Zeitpunkt läuft die Unterschriftensammlung. Während dem Wahlkampf sind dazu zwei nationale Sammeltage am 24. September und am 15. Oktober geplant. Spezielle Unterschriftensammelsets sollen die Organisation von Standaktionen

erleichtern. Weiter wird der Initiativbogen im September mit der gemeinsamen Sondernummer der EVP-Infos an alle 85 000 Adressen der EVP versandt.

Die EVP will einen namhaften Anteil der Unterschriften zur Initiative beisteuern. Intern haben wir uns das Ziel von 40 000 Unterschriften gesetzt. Bei aktuell rund 180 Ortsparteien ergäbe dies 222 Unterschriften pro Sektion. Oder knapp 10 Unterschriften pro Mitglied. Wenn wir alle bei unseren Angehörigen, in der Gemeinde, bei Nachbarn oder Bekannten einige Unterschriften zusammentragen, ist das machbar. So können wir gemeinsam einen Beitrag zur Sicherung der AHV und zur sozialen Gerechtigkeit in der Schweiz leisten!



Die allermeisten Millionen-Erbschaften werden heute steuerfrei an den Kapitalmärkten und Börsen erwirtschaftet und vermehrt.

KOMMENTAR

Mundartdebatte

Der Kanton Zürich hat deutlich ja gesagt zur Initiative «Mundart im Kindergarten». Alt EVP-Kantonsrat Thomas Ziegler und sein Team haben fabelhafte Arbeit geleistet. Die EVP hat stets die pädagogische Seite und die kulturelle Bedeutung der Initiative betont. Diese ehrenwerten Motive haben mit Populismus gar nichts zu tun.

Kein Wunder befriedigen die Deutschkenntnisse teilweise nicht mehr. Man kann nicht schon in der Primarschule gleichzeitig drei Sprachen lernen und annehmen, dass auch die schwächeren Schüler problemlos mitkommen. Hochdeutsch im Kindergarten ist aber nicht der Ausweg aus dieser Verzettelung. Neun Jahre guter Deutschunterricht, verbunden mit einem attraktiven Realienunterricht zur Anwendung der Hochsprache, sind ausreichend.

Praxisferne Bildungsstrategen wurden nicht müde, die Doktrin der ach so wichtigen hochsprachlichen Frühförderung zu verkünden. Fünfjährige Kinder sollen aber in erster Linie das Spielen in allen Varianten – auch im Umgang mit der Mundart – ganzheitlich erleben können.

Die EVP verdient es, in Bildungsfragen eine stärkere Position zu vertreten. Wir sind am Puls des Geschehens und wissen, was unseren Kindern und den Lehrkräften zugemutet werden kann. Ich bin froh, dieser Partei anzugehören.

Hanspeter Amstutz, Lehrer, alt Bildungsrat Kanton Zürich

Es lohnt sich zu kämpfen

Wir werden immer wieder gefragt, ob wir tatsächlich daran glauben, eine eigene Nationalratsfraktion bilden zu können. Bei den vergangenen Wahlen richtete sich das Augenmerk ausschliesslich auf die Kantone Zürich, Bern und Aargau. Im Kanton Bern fehlte bloss ein Viertelprozent, also äusserst wenig für den zweiten Sitz. Mit einem halben Prozent mehr in der Listenverbindung wäre im Aargau der Sitz nicht verloren gegangen. Wir hatten somit 2007 ausgesprochenes Proporzpech. Heuer kämpfen Maja Ingold und Marianne Streiff für ihre Wiederwahl. Sie sind bestens in ihr neues Amt eingearbeitet und sind deshalb motiviert im Wahlkampf.

Neu ist diesmal, dass wir in den Kantonen Thurgau und Baselland echte Wahlchancen haben. Der Thurgau hat zwar nur sechs Sitze zu vergeben. EVP, glp, EDU und BDP haben sich zu einer Listenverbindung zusammengeschlossen. Wenn diese vier Parteien insgesamt rund 14% erhalten, erhält die stärkste Partei der Verbindung einen Nationalratssitz.



Ed. Kriegen

Im Kanton Baselland sind sieben Sitze zu vergeben. EVP, CVP, glp und BDP haben sich für eine Listenverbindung entschieden. Damit ist der CVP-Sitz gesichert; bei einem zweiten Sitz hat auch die EVP eine echte Wahlchance. Entsprechend motiviert sind die Thurgauer und die Baselbieter EVP in einen engagiert auf Sieg ausgerichteten Wahlkampf gestartet.

Lasst uns in allen Kantonen kämpfen! Warum soll nicht diesmal die EVP neben zusätzlich notwendigen Stimmen Proporzglück haben und zu den Gewinnern gehören?

Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Geld ist nicht entscheidend, das habe ich im Kanton Obwalden gelernt.»

Gerardo Raffa, neuer Präsident der EVP Kanton Luzern, am 17. Juni 2011 im Interview mit der Neuen Luzerner Zeitung. National bekannt wurde er mit dem erfolgreichen Referendum gegen die Obwaldner Sonderzonen für Reiche – damals noch als Präsident der Grünen Obwalden und praktisch im Alleingang. Die NLZ titelt: «Die EVP Luzern ist auferstanden.»

«Der Aargau hat auch ausserhalb der Kerntechnologie viel zu bieten.»

Kantonalpräsident Roland Bialek in der Aargauerzeitung vom 17. Juni zum Entscheid des Regierungsrates, die Ausstiegsstrategie von Bundesrat und Parlament zu unterstützen. Man möchte anfügen: zum Beispiel 27 profilierte EVP-Nationalratskandidierende auf der Haupt- und der *jev-Liste!

80-38232-2

Vielen Dank für Ihre Wahlspende auf 80-38232-2!

Die Vorbereitungen für die Nationalratswahlen laufen bei der EVP Schweiz und den Kantonalparteien auf Hochtouren. Neben dem persönlichen Engagement der Kandidierenden und freiwilliger Wahlkampfhelferinnen und Wahlkampfhelfer benötigt die EVP vor den Wahlen zusätzliche finanzielle Mittel. So können Sie die EVP unterstützen:

- mit einer Spende auf das **Postkonto 80-38232-2** (bitte EVP CH oder Name der Kantonalpartei im Vermerk angeben),
- mit dem Kauf einer Pixelwerbefläche auf www.evppe.ch/pixelschweiz,
- mit einem **Inserat in der Grossauflage** der EVPinfos (ca. 85 000 Expl.) im September 2011 (Kontakt: niklaus.hari@evppe.ch).

Herzlichen Dank für Ihre Spende! Und denken Sie daran: Spenden an die EVP sind in den meisten Kantonen und bei der direkten Bundessteuer **steuerabzugsberechtigt**.

AUS DEM INHALT

Nationalratswahlen: **4**
Fünf Sitze sind möglich!

Energiedebatte: **5**
Atomausstieg ohne Energiewende bringt nichts

Bauspar-Initiativen: **6**
Parlament verzichtet auf Gegenvorschlag

Initiativ-Flut: **7**
Diese Begehren unterstützt die EVP

RELIGIONSFREIHEIT FÜR ALLE

Lilian Studer, Aargauer Grossrätin und Spitzenkandidatin auf der Nationalratsliste, fordert als Wahlbotschafterin der EVP Schweiz «Religionsfreiheit für alle».

«Religionsfreiheit für alle» – ist das nicht eine Selbstverständlichkeit?

Überhaupt nicht. Weltweit können Unzählige ihre Religion nicht frei wählen. Allein bei den Christen geht man von weit über 100 Millionen Menschen aus, die aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Damit sind sie die grösste Gruppe aller aus religiösen Gründen Verfolgten.

Aber auch in der Schweiz ist die Religionsfreiheit nicht einfach gegeben, wie etwa die Diskussionen um christliche Lehrkräfte oder die Minarettinitiative gezeigt haben. Religionsfreiheit heisst: Alle Menschen müssen ihren Glauben frei wählen, ausüben, verkünden und wechseln können. Die Religionsfreiheit ist eine Errungenschaft, die wir durch alle Böden verteidigen.

Was können wir gegen die Christenverfolgung unternehmen?

Die Schweiz muss die Glaubens- und Gewissensfreiheit auf internationaler Ebene – in Gremien und bei Staatsbesuchen – immer wieder vehement einfordern, vor allem gegenüber Staaten, in denen Christen verfolgt werden. Betroffene Menschen haben unsere Unterstützung verdient: beispielsweise indem die Schweiz auch die nichtstaatliche Verfolgung oder glaubwürdige Konversionen als Asylgrund akzeptiert. Persönlich können wir verfolgte Christen im Gebet tragen und entsprechend ausgerichtete Hilfswerke unterstützen.

Die religiöse Vielfalt in der Schweiz nimmt zu. Wie gehen wir damit um?

Wir müssen gegenseitig Verständnis und Toleranz füreinander aufbringen und uns um ein gutes Zusammenleben bemühen. Der Staat muss den Religionsfrieden sichern und die friedliche Koexistenz der Bekenntnisse schützen, ohne die Unterschiede zu verneinen.



Lilian Studer, Spitzenkandidatin der EVP im Kanton Aargau.

Generell ist nicht länger selbstverständlich, was wir als unsere Wurzeln anerkennen und auf welchen Wertvorstellungen wir unser Leben aufbauen. Entsprechend müssen wir uns als Gesellschaft immer wieder auf verbindliche Grundwerte einigen. Die EVP hat dazu auf lebenswerte.ch einen Vorschlag gemacht. Was ich aber von allen erwarte: die Anerkennung unserer Verfassung und der Wille zu einem guten Zusammenleben.

Warum scheiterte ein Initiativprojekt der EVP für einen Religionsartikel?

Die EVP hätte in der Verfassung festhalten wollen, dass die Schweiz aus ihrem christlichen Erbe schöpft. Das Anliegen wurde in einer Vernehmlassung zwar geteilt, doch über die konkrete Ausgestaltung gingen

die Meinungen auseinander. Ohne breite Unterstützung aller kirchlichen Verbände wollte der Zentralvorstand der EVP das Vorhaben nicht anpacken. Für die EVP steht aber fest, dass unser christliches Erbe nicht torpediert werden darf, sondern priorisiert, gestützt, eingefordert und bewahrt werden muss.

Wo siehst Du die Religionsfreiheit in der Schweiz gefährdet?

Die Tendenz, alles Christliche aus den Schulen auszuschliessen, um niemandem auf die Füsse zu treten, ist besorgniserregend. Wie jener Rektor einer Bieler Kantonsschule, welcher einem Kleiderlabel das Sponsoring eines Hausfestes untersagt hat, nur weil es sich um eine christliche Firma handelte. Das geht nicht und ist diskriminierend. Jedes

andere Unternehmen wäre willkommen gewesen!

Ich denke aber auch an Lebensschutz- und ethische Fragestellungen, für die sich die EVP das Gehör immer wieder erkämpfen muss.

Wie beurteilst Du jene Kreise, welche die Bibel verbieten wollen oder gerichtlich gegen religiöse Symbole in der Öffentlichkeit vorgehen?

Sie verkennen eines: Religionsfreiheit bedeutet nicht «frei sein von allem Religiösen», sondern «frei sein, einer Religion anzugehören». Wer alle religiösen Symbole aus der Öffentlichkeit verbannen will, handelt ebenso unzulässig, wie jemand, der anderen seinen Glauben aufzwingen will. Religiös aufgeklärt und frei ist nicht, wer in einer symbolisch entleerten Welt aufwächst. Sondern wer die verschiedenen Religionen kennt und sich frei entscheiden kann, welche Werte ihm oder ihr zusagen. Das christliche Erbe hat unsere Kultur geprägt und muss deshalb seinen Platz in der Öffentlichkeit haben.

Die Freiheit, die Religion zu wechseln, wird vor allem Muslimen verwehrt.

Der Islam toleriert grundsätzlich andere Religionen nur sehr eingeschränkt oder überhaupt nicht neben sich. Das ist aus unserer Sicht problematisch. Der Islam hat in der Schweiz nur dann Platz, wenn er die anderen Religionen und die Religionsfreiheit anerkennt und seinen Dominanzanspruch auf Überlegenheit aufgibt. Das müssen wir unmissverständlich klar machen.

Andere Parteien haben die Religion als Wahlkampfthema entdeckt. Zum Beispiel die SVP.

Ja, doch was sagt die SVP in ihrer Wahlplattform aus? Sie bekennt sich zur christlich-abendländischen Kultur der Schweiz, das ist alles. Darüber hinaus fordert die SVP bloss, dass sich die Kirche gefälligst aus der Politik raushalten soll. Und dann kommt eine lange Tirade gegen den Islam. Die EVP freut sich, wenn die Religion auf die politische Agenda zurückkehrt. Sie spürt diesbezüglich seit Jahren vor. Aber wenn, dann bitte mit Substanz. Und nicht bloss aus wahltaktischen Gründen.

Lilian Studer, 33

- Beruf: Grossrätin im Kanton Aargau, Präsidentin von Benevol Aargau (Fach- und Vermittlungsstelle Freiwilligenarbeit), Lehrerin für textiles Werken.
- Kirche: Living Center (Jugendkirche), Baden.
- Hobbys: Sport, Freude an guten Gesprächen und Treffen.



Ehrt jedermann

Ganz schön herausfordernd, was Petrus an die Christen in die damaligen Gebiete der heutigen Türkei schrieb: *Führt ein rechtschaffenenes Leben; seid um des Herrn willen Untertan aller menschlichen Ordnung; ehrt jedermann (aus 1. Petrus 2)! Haben diese Worte nicht auch heute noch ihre Berechtigung? Oder anders gesagt, sind sie auch für uns ein Schlüssel, mit dieser Lebenseinstellung eine Salz- und Lichtwirkung in unserer Gesellschaft zu haben?*

Die Geschichte des Ehepaares Baker, welches vor Jahren in Mosambik für verwaiste Kinder Heime aufbaute, hat mich tief beeindruckt. Unwetter, Finanznöte, gesetzliche Auflagen und andere Widerwärtigkeiten behinderten immer wieder den Auf- und Ausbau. Trotzdem hielt das Ehepaar an seiner Vision fest. Das Werk entwickelte sich ganz erstaunlich und es öffneten sich immer wieder Wege, damit die Kinder genug zu essen hatten. Neben einem unerschütterlichen Glauben war eines der Geheimnisse der Bakers, dass sie in einer grossen Entschiedenheit jedermann ehrten (segneten).

In der Politik verhärten sich vor Wahlgängen die Parteifronten. Als EVP stehen wir mit-tendrin. Wir haben ein starkes Profil, über das wir uns freuen dürfen. Gerade in diesen Zeiten braucht es unsere Partei erst recht. Packen wir die Herausforderung, einen Unterschied zu machen. Es ist in den Augen vieler der unspektakuläre Weg – aber es ist einer im Sinne unserer Werterhaltung, der sich lohnt.

Wolfgang Ackerknecht,
EVP-Kantonsrat TG

5 SITZE SIND MÖGLICH!

Die Vorbereitungen für die Nationalratswahlen laufen bei den Kantonalparteien und der EVP Schweiz auf Hochtouren. Wegen einer neuen Ausgangslage besteht eine echte Chance für 5 Sitze und eine eigene Fraktion. Die wollen wir nutzen – für eine lebenswerte Schweiz!

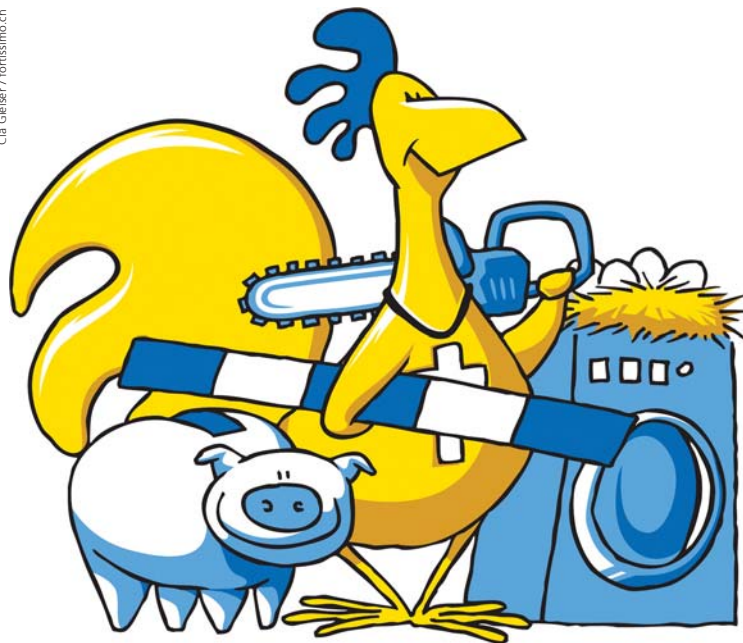
(nh). Die EVP will bei den Nationalratswahlen **5 Sitze** erreichen. Mit einer **eigenen Fraktion** hätte die EVP entschieden mehr Einfluss in Medien und Parlament und könnte christliche Werte noch wirksamer zugunsten einer menschlichen Politik einbringen. Dank geschickter Listenverbindungen und vollem Einsatz hat die EVP eine Chance auf einen Sitzgewinn zum Beispiel in den Kantonen **Aargau, Baselland und Thurgau**. Mit der Wiederwahl der bisherigen Nationalrätinnen Maja Ingold und Marianne Streiff in den Kantonen **Zürich und Bern** käme die EVP auf exakt 5 Sitze!

Kandidierende und Wahlhelfer

Für die Kandidierenden gilt es jetzt, Unterstützerinnen und Unterstützer zu finden, die Angaben für **persönliche Wahlflyer** oder Werbekarten abzuliefern, bereits Couverts für den Versand derselben anzuschreiben, Webauftritte zu aktualisieren und Wahlprofile wie **smart-vote.ch, vimentis.ch oder positiv-wählen.ch** auszufüllen. Für einen erfolgreichen Wahlkampf ist die EVP aber auch auf die Unterstützung durch **freiwillige Wahlhelferinnen und Wahlhelfer** angewiesen. Unter www.evp-wählen.ch > Mitmachen > Freiwillige haben wir 15 Möglichkeiten beschrieben, wie Sie uns unterstützen können: vom Plakatstellen-Suchen übers Wähleradressen-Sammeln bis zur Mithilfe an Standaktionen, Hausbesuchen oder Telefonaktionen. Wir sind Ihnen aber auch sehr dankbar, wenn Sie uns mit Ihrer **Stimme**, im **Gebet** oder mit einer **Wahlspende** auf das Konto **80-38232-2** unterstützen.

Werbemittel jetzt bestellen!

Unter www.evp-wählen.ch hat die EVP ihre Kandidierenden und die 6 Wahlthemen aufgeschaltet. Letztere liegen auch als originelles **Leporello** mit witzigen Guggel-Illustrationen vor: siehe obiges Ti-



Der EVP-Güggel kräht: **«An die Arbeit! Für eine lebenswerte Schweiz!»** Er zielt den Wahlflyer und die Seite evp-wählen.ch.

telbild. Die EVP Schweiz gibt diesen Wahlflyer für Standaktionen kostenlos ab; er eignet sich zum Verteilen zusammen mit einem kleinen Give-Away, beispielsweise den **Güggel-Fruchtgummis** (0.40 Rappen pro Beutel) oder auch einem Schöggeli. Diese und weitere Werbemittel können unter www.evp-wählen.ch > Kontakt > Werbemittel bequem bestellt werden.

Für die **Aussenwerbung** setzt die EVP einerseits auf bezahlte, aber auch private Plakatstandorte, ande-

rerseits auf die bewährten **Spannbänder** für Zäune, Geländer etc. und die grossen, leicht ablösbaren **Aufkleber** für Autotüren, Motorhauben und dergleichen. Neu produziert wurde ein **Strassenplakat** in Guggelform, welches mit zwei mitgelieferten Eisenstäben in Grünflächen, Vorgärten oder Strassenränder gesteckt werden kann. Ein Versand ist ab 10 Stück möglich, die Selbstabholung wird bevorzugt.

EVP in Radio und Fernsehen

Auch medial machen sich die Wahlen bemerkbar. Am 27. Juni hat die EVP ihre Wahlthemen und -ziele an einer Medienkonferenz in Bern präsentiert. Bereits steht fest, dass am 28. September Nationalrätin Maja Ingold mittags im **Radio** und Parteipräsident Heiner Studer gleichentags am Abend im **Fernsehen** zu hören beziehungsweise zu sehen sein werden. So richtig durchstarten will die EVP am **offiziellen Wahlauftakt vom Samstag, den 17. September auf dem Waisenhausplatz in Bern** mit einem Wahlfest.

Wahlcamp

Vom 25. September bis am 1. Oktober lädt die EVP im Adonia-Haus in Vordemwald AG zu einem Wahlcamp ein. Tagsüber schwärmen wir zu verschiedenen Wahlkampfaktionen in den Kantonen Aargau, Bern und Zürich aus, abends pflegen wir die Gemeinschaft. Das Wahlcamp ist kostenlos, weitere Infos unter www.evppev.ch > Wahlen 2011.

AUSSTIEG UND WENDE

Der Atomausstieg allein bringt nichts, wenn wir dafür Kern- und Kohlestrom importieren oder Gaskraftwerke bauen. Es braucht die energiepolitische Wende und eine massive Senkung des Gesamtenergieverbrauchs.

(nh). Der Bundesrat will den Atomausstieg, der Nationalrat hat diese Absicht in der Sommersession bekräftigt. Doch dem Parlament ist nicht zu trauen. Gut möglich, dass der Ständerat den Entscheid – nach den Wahlen – wieder umstösst. Konkret wird der Ausstieg erst, wenn der Bundesrat nächstes Jahr seine Vorschläge für eine neue Energiepolitik präsentiert und sie die Behandlung durchs Parlament überleben.

EVP unterstützt Atomausstiegsinitiative

Eine erste Schwierigkeit entsteht durch die Weigerung des Bundesrates, die Laufzeit der bestehenden KKW zu beschränken. Man gehe für die Planung von einer Betriebsdauer von 50 Jahren aus. Doch bei entsprechenden Investitionen könne jeder Meiler noch bis zu 10 Jahre länger am Netz bleiben. 60 Jahre Betriebszeit für Anlagen, die ursprünglich auf 30 Jahre ausgelegt worden sind: das ist angesichts des Schadenmasses bei einem Super-GAU inakzeptabel. Hier geben die EVP-Nationalrätinnen Maja Ingold und Marianne Streiff mit entsprechenden Vorstössen Gegensteuer. Zudem unterstützt die EVP die Atomausstiegsinitiative, welche eine maximale Betriebsdauer von 45 Jahren in die Verfassung schreiben will. Die EVP ist mit Parteipräsident Heiner Studer und Solarpionier Josef Jenni im Initiativkomitee vertreten.

Energieverbrauch senken

Wer aus der Kernenergie aussteigen will, muss Alternativen bereit halten. Im Vordergrund steht eine massive Senkung des Gesamtenergieverbrauchs. So fordern es die Delegierten der EVP Kanton Bern in einer Resolution. Dies gelingt nur mit verschiedenen Massnahmen:

Lenkungsabgaben beinhalten eine ökologische Steuerreform. Dabei werden die Lohnnebenkosten zunehmend durch Abgaben auf dem

Energieverbrauch ersetzt. Eine entsprechende Motion von Heiner Studer ist an den Bundesrat überwiesen worden. Ein kantonales Modell propagieren Markus Wenger, Leiter KMU-Netzwerk der EVP und die Thurgauer EVP-Kantonsrätin Regula Streckeisen: die Familienausgleichskasse könnte statt durch Lohnprozente mit Abgaben auf dem Stromverbrauch finanziert werden.

Verbrauchsvorschriften haben ein enormes Potential. Heute mögen sich einige über das Glühbirnenverbot aufregen. Doch das Katalysator-Obligatorium oder die Einführung von schwefelarmem Heizöl sind rückblickend eine Erfolgsgeschichte.

Decoupling meint die Entkopplung von Gewinn und verkaufter Strommenge bei den Elektrizitätswerken, wie sie ebenfalls von Regula Streckeisen angeregt wird. Einige Bundesstaaten der USA haben damit eine bemerkenswerte Stabilisierung des Stromverbrauchs erreicht.

Kontingentierung ist ein starkes Wort. Doch wenn jede Person eine definierte Strommenge zum Marktpreis beziehen kann und allfällige Mehrbezüge mit einem deutlichen Aufpreis berappen muss, entstehen starke Anreize zur Verhaltensänderung. Der Vorschlag, drittes Element von Streckeisens Interpellation, hat den Vorteil, dass jede Person selber entscheiden kann, ob sie auf das Elektroveilo oder den Gebrauch des

Tumblers verzichten will. Die Zusatzentnahmen können zur Einspeisevergütung von erneuerbar produziertem Strom verwendet werden.

Erneuerbare ausbauen

Schliesslich müssen die erneuerbaren Energien massiv gefördert werden. Auf Schweizer Dächern besteht ein riesiges Potential für Solarwärme und Solarstrom. Die Wasserkraft muss im ganzen Spektrum vom Kleinkraftwerk bis zu grossen Pumpspeicherwerken ausgebaut werden. Es steht nicht eine einzelne Technologie im Vordergrund, sondern Solarenergie, Wasserkraft, Windenergie, Biogas, und Geothermie müssen sich optimal ergänzen. Die Plafonierung der kostendeckenden Einspeisevergütung ist aufzuheben. Die Bewilligungsverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden, ohne auf das Verbandsbeschwerderecht zu verzichten. Um die unregelmässig anfallende Wind- und Sonnenenergie speichern zu können, sind Investitionen ins Übertragungsnetz und in intelligente Netze zwingend. Damit verbreitern wir nicht nur das Energieangebot, sondern es eröffnen sich auch Chancen bezüglich Know-how und Arbeitsplätzen in der Schweiz. Je schneller der Umbau zu einer grünen Wirtschaft gelingt, desto grösser wird der internationale Standortvorteil dereinst sein.



Müssen gefördert werden: Solarpaneele, hier auf der Messe Basel.



Frauen-Jubiläumsjahr

Seit 40 Jahren haben die Frauen das Stimmrecht, seit 30 Jahren ist die Gleichberechtigung in der Verfassung, 20 Jahre ist es her seit dem Frauenstreik, seit 15 Jahren erst besteht ein Gleichstellungsgesetz. Wie steht es im Jahr 2011? Haben wir Grund zum Feiern?

Frauen in der Politik: *In der EVP waren die Frauen schon vor der Einführung des Frauenstimmrechts willkommen. Wir freuen uns darum sehr, dass nun gerade in diesem Jubiläumsjahr die EVP mit zwei Frauen im Nationalrat vertreten ist mit Maja Ingold (ZH) und Marianne Streiff (BE). Doch in den Kantonsparlamenten, wo eigentlich Nachfolgerinnen aufgebaut werden sollten, sieht es nicht so vielversprechend aus. Im Kanton Zürich ist die EVP mit 6 Männern und 1 Frau im Parlament vertreten, im Kanton Bern mit 8 Männern und 1 Frau. Wo sind die Frauen, die sich in den kantonalen Parlamenten engagieren? Und wenn sie bereit sind dazu, werden sie auch gewählt?*

Frauen in der Arbeitswelt: *Unterschiede gibt es auch beim Lohn. Obwohl in Verfassung und Gesetz klipp und klar steht, dass Frauen und Männer für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich viel verdienen sollen, sind Studien zum Ergebnis gekommen, dass diese Forderung noch lange nicht erfüllt ist. Der fortschrittliche Kanton Zürich ist kein Vorbild in dieser Angelegenheit. Warum leisten sich unsere Firmeninhaber und Industriechefs solche Ungerechtigkeiten?*

Nancy Bolleter, Präsidentin EVP Frauen Schweiz und Margrit Wälti, Frauennetzwerk Kanton Zürich

Für kinderfreundliche Wohnquartiere

EVP-Nationalrätin Maja Ingold (ZH) wehrt sich mittels Motion gegen die Absicht des Bundesamtes für Strassen, Kindern unter 7 Jahren die Benützung von Trotinet oder Fahrrad auf Quartierstrassen ohne elterliche Aufsicht zu untersagen. Das sei weltfremd und kinderfeindlich. Der Bundesrat sichert eine massvolle Auslegung zu.

Bienensterben gefährdet Ernährung

70 Prozent der Pflanzenarten, mit denen die Menschen 90 Prozent ihrer Nahrung gewinnen, werden von Bienen bestäubt. Entsprechend besorgt ist Maja Ingold angesichts des weltweiten Bienensterbens. Wie stark ist die Schweiz betroffen und was unternimmt der Bundesrat dagegen?

Bund überrumpelt Bauherrschaften

Wer vom Gebäudeprogramm des Bundes profitieren will, muss neu eine 5 mal grössere Fensterfläche ersetzen als bisher. Gerade mal eine Woche vor Inkrafttreten kommuniziert, hat der Bund mit dieser Neuerung «Bauherrschaften und Fensterbauer in jeder Hinsicht überrumpelt», wie EVP-Nationalrätin Marianne Streiff bemängelt. Mittels Postulat will sie die Fördergrenze wieder senken.

Elternurlaub

Eine Parlamentariergruppe will einen Elternurlaub durch vorher angesparte Lohnbeiträge der potentiellen Eltern finanzieren. Der EVP gefällt die Idee von Nationalrätin Marianne Streiff besser. Sie will allen Vätern unkompliziert zwei Wochen Ferien ermöglichen, finanziert durch die Erwerbsersatzordnung. Die Behandlung im Rat ist hängig.

UNBEZAHLBARE ARMEE

Keine neuen Atomkraftwerke, vorerst keine Steuergeschenke für Hauseigentümer, unbezahlbare Ausbauwünsche bei der Armee: die Sommersession im Rückspiegel.

(nh). Im Mittelpunkt der Sommersession stehen zwei morgenfüllende Sitzungen zur **Europa- und zur Energiepolitik**. Der Nationalrat bestätigt den Ausstiegswillen des Bundesrates, doch das ist auch schon das Höchste der Gefühle. EVP-Nationalrätin Maja Ingold ist «fassungslos, über das, was am Schluss herausgekommen ist.» Immerhin wird die finanzielle Obergrenze bei der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) angehoben. Zum Leidwesen der EVP soll das erst kürzlich bestätigte Verbandsbeschwerderecht beschnitten werden. Weitere Sessionsgeschäfte im Telegrammstil:

Kein Bedarf für das **Konsolidierungsprogramm** angesichts der guten Bundesfinanzen. Die Staatsrechnung schliesst mit 3,6 Mia im Plus statt der budgetierten 2 Mia Verlust. Für die EVP gilt aber weiterhin: Schuldenabbau vor Steuersenkung!

Steuerlich begünstigtes **Bausparen** ist hoch ineffizient und hilft nur in 10% der Fälle. Zur Erleichterung der EVP versenkt der Ständerat den Gegenvorschlag zu zwei Initiativen in der Schlussabstimmung. Hingegen kann sich die EVP einen Gegenvorschlag zur Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» und die Abschaf-

fung des Eigenmietwerts vorstellen. Doch der Nationalrat will einseitig Hausbesitzern im Rentenalter die Wahlfreiheit ermöglichen.

Noch immer ist kein Gegenvorschlag zur **Abzockerinitiative** in Sicht. Jetzt gibt's nur noch eines: Übungsabbruch und das Begehren dem Volk vorlegen. Doch das Parlament will das Spiel ein Jahr lang fortsetzen. Ohne die EVP!

Der Ständerat will die Armee vergrössern und ausserdem rasch 22 neue **Kampfflugzeuge** beschaffen. Die EVP will nicht, dass bei Verkehr, Bildung und Entwicklungshilfe über 5 Milliarden eingespart werden müssen. Dies wäre die Konsequenz.

Unvorhergesehene Milliardenausfälle durch die eh schon ungerichte **Unternehmenssteuerreform II**. Bundesrat und Parlament wollen von einer Sistung nichts wissen.

Etappensieg im **Too-Big-To-Fail-Gesetz**: der Ständerat heisst 19 Prozent Eigenkapital für systemrelevante Banken gut.

Der Ständerat will, dass **Kinderprostitution** möglichst rasch unter Strafe gestellt wird. Unsere Rede!

Der Ständerat beharrt darauf, dass künftig nur noch 7.5% Selbstbehalt zahlen muss (heute 10%),

wer sich einem **Managed-Care-Modell** anschliesst. Wer den Arzt weiterhin frei wählen will, soll künftig 15 Prozent bezahlen.

Kein Importverbot für **unsozial und unökologisch produzierte Nahrungsmittel**. Anders als der Nationalrat und die EVP versenkt der Ständerat fünf Standesinitiativen aus der Westschweiz.

Das neue **Namensrecht** übersteht den Ständerat. Die wirklichen Probleme der Familien liegen anderswo.

20 Millionen mehr für **Schweiz Tourismus**. Die CVP bedient ihre Klientel und will sich als Tourismusförderin profilieren.

Kein Rückzug des **EG-Beitrittsge-suchs**, welches mit der Erweiterung zur EU ohnehin gegenstandslos geworden ist. Die Schlussfolgerung der SVP, alle anderen wollten in die EU, ist kreuzfalsch. Die EVP will den bilateralen Weg weiterführen und den Spielraum beim Personenfreizügigkeitsabkommen nutzen.

Zum Leidwesen der EVP sollen künftig **Rundstreckenrennen** in der Schweiz wieder erlaubt sein. Kommt jetzt die Formel 1? Nicht unbedingt das, was Land und Leute brauchen.

Der **Feuerwehrosold** ist künftig steuerfrei. Ein fälliges Zeichen der Anerkennung.

Erwin Beyeler verpasst die Wiederwahl zum **Bundesanwalt**. Es fehlt an Sukkurs aus allen Lagern.

Die unbestrittenen Elemente der gescheiterten **11. AHV-Revision** können bald in Kraft treten.

TERMINE

- 16. September 2011 Zentralvorstand EVP Schweiz in Bern
- 17. September 2011 Delegiertenversammlung EVP Schweiz und Wahlauftakt in Bern
- 24. September 2011 1. Standaktionstag der EVP-Sektionen
- 25. September 2011 Wahlcamp der EVP Schweiz
- 01. Oktober 2011 im Adonia-Haus, Vorderwald AG
- 15. Oktober 2011 2. Standaktionstag der EVP-Sektionen
- 23. Oktober 2011 National- und Ständeratswahlen
- 3. Dezember 2011 Delegiertenversammlung und Zentralvorstand der EVP Schweiz, Langenthal
- 3. Dezember 2011 Club1000-Event mit Peter Wild, Langenthal

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 18. Jahrgang, Nummer 3, Juli 2011
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber:
EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, Fax 031 351 71 02, info@evppev.ch, www.evppev.ch. Redaktion: Niklaus Hari; Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Wolfgang Ackerknecht, Hanspeter Amstutz, Joel Blunier, Nancy Bolleter, Niklaus Hari, Heiner Studer, Lilian Studer, Margrit Wälti.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

EVP am nächsten beim Volk!

Die Umfrage des «Beobachter» bringt es an den Tag: die EVP politisiert am nächsten beim Volk. Die Antworten der Leserinnen und Leser wurden mit den Positionen der Parteien verglichen. Dabei stimmt die EVP als bürgerlich-soziale Partei, so der Beobachter, am meisten mit der Mehrheitsmeinung überein

Offene Stellen

Für die nächsten drei bis sechs Monate sucht die EVP eine/einen Praktikantin/en. Sie arbeiten als persönliche(r) Mitarbeiter(in) des Generalsekretärs in Bern.

Die EVP Kanton Bern sucht auf Anfang 2012 einen neuen Co-Geschäftsführer. Der bisherige Stelleninhaber Gallus Tannheimer will sich neuen Aufgaben zuwenden.

Petition zum Sexualunterricht gestartet

Politiker aus EVP, CVP, EDU, FDP und SVP haben eine Petition «gegen die Sexualisierung der Volksschule» gestartet. Hintergrund ist die Ausgestaltung des Sexualkundeunterrichts im Lehrplan 21. Die Petition fordert, dass der Sexualkundeunterricht fakultativ bleiben muss (weil Aufklärung Sache der Eltern ist), er keine Anregungen für Sexualpraktiken noch pornographisches Material enthalten darf und die Kinder und Jugendlichen bezüglich ihrer sexuellen Orientierung nicht beeinflussen darf. Für die EVP sind Landrätin Elisabeth Augstburger (BL) und Generalsekretär Joel Blunier im Petitionskomitee. Das Begehren kann heruntergeladen und unterzeichnet werden unter www.evpev.ch > Politik > Initiativen.

evp-wählen.ch online

Die Wahlwebseite www.evpev.ch ist online.

EVP WILL INS STÖCKLI

In den Kantonen Aargau, Bern und Zürich nimmt die EVP auch an den Ständeratswahlen teil.

(nh). Dank dem Entwicklungsplan E-100 will die EVP im 2019 ihren 100. Geburtstag fit und schlagkräftig begehen können. Neben z.B. einer eigenen Fraktion in Bern oder mindestens 6000 Mitgliedern lautet ein Ziel lapidar: Ein Sitz im Ständerat. Folgerichtig nimmt die EVP in den Kantonen Aargau, Bern und Zürich nicht nur an den Nationalrats-, sondern auch an den Ständeratswahlen teil. Sowohl Marianne

Streff wie Maja Ingold wurden als amtierende Nationalrätinnen von ihren Kantonalparteien auch als Ständeratskandidatinnen nominiert. Die EVP Kanton Aargau hat Roland Bialek als Ständeratskandidaten und Nationalratslistenzweiten nominiert, Lilian Studer ist Spitzenkandidatin für den Nationalrat. Ein Sitz im Stöckli wäre für die EVP der erste überhaupt. Vorrangiges Ziel sind aber 5 NR-Sitze!

JETZT UNTERSCHREIBEN!

Aktuell schiessen die Volksinitiativen wie Pilze aus dem Boden. Diese Begehren werden von der EVP unterstützt.

(nh). Die EVP unterstützt aktuell die folgenden Initiativen:

- Atomausstiegsinitiative der Grünen: KKW werden nach 45 Jahren abgeschaltet, der Bau von neuen ist verboten. Heiner Studer und Josef Jenni sind im Komitee.
- Familieninitiativen der CVP: Abschaffung der Heiratsstrafe sowie Steuerbefreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen.
- Stipendieninitiative: Harmonisierung des Stipendienwesens.
- Abtreibung ist Privatsache: Abtreibungen sollen nicht mehr von der obligatorischen Krankenkasse bezahlt werden.
- Initiative für eine öffentliche Krankenkasse: öffentliche Einheitskasse mit kantonal festgelegten Prämien.
- Cleantech-Initiative: Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien.
- Petition gegen die Sexualisierung der Volksschule: für einen nicht-tendenziösen Sexualunterricht mit Abmeldemöglichkeit.

Alle Initiativen können heruntergeladen und unterschrieben werden unter www.evpev.ch > Politik > Initiativen und an die EVP Schweiz gesandt werden. Diese übernimmt die Weiterleitung an die einzelnen Initiativkomitees.

Zustandegekommen, im Parlament hängig oder abstimmungsreif sind übrigens die folgenden Begehren:

- Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen (Marche Blanche)
- 1:12 - Für gerechte Löhne (Juso)
- Staatsverträge vors Volk! (AUNS)
- Für den öffentlichen Verkehr (VCS, EVP sammelt mit)
- Für eine starke Post (Gewerkschaften)
- Sicheres Wohnen im Alter (HEV)
- 6 Wochen Ferien für alle (Travail.Suisse)
- Schutz vor Rasern (RoadCross)
- Schutz vor Passivrauchen (Lungenliga, EVP sammelt mit)
- Ja zur Hausarztmedizin (Hausärzte, EVP sammelt mit)
- Landschaftsinitiative (Umweltverbände, EVP sammelt mit)
- Offroadinitiative (junge Grüne)
- jugend + musik (IG Musik)
- Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls (Loterien)
- Bausparinitiativen (HEV/Schweiz. Gesellschaft zur Förderung des Bausparens)
- Klimainitiative (Umweltverbände, EVP sammelt mit)
- Abzockerinitiative (Th. Minder)
- Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen (Franz Weber).

3 Sitze in Weinfelden

Die EVP kann ihre drei Sitze im Parlament von **Weinfelden** halten: Susanna Brüscheiler, Michael Zingg und Roger Stieger werden wiedergewählt. Als pfiffige Wahlkampffraktion hatte die EVP an zwei Samstagen einen Ortsbus realisiert.

Neu in der Exekutive

Hansjörg Kurt wird Nachfolger von Annelies Lehmann im Gemeinderat von **Konolfingen**. Letztere hat sich nach 6 Jahren als Sozialvorsteherin zum Rücktritt entschlossen.

Neu in der Legislative

Die 54-jährige diplomierte Pflegefachfrau und Erwachsenenbildnerin Ruth Trachsel ersetzt die per Ende Mai 2011 zurücktretende Michèle Rentsch-Ryf im Langenthaler Stadtrat.

Neue Präsidien

EVP Thun: Neue Präsidentin ist Susanne Gygax. Sie löst Jürg Dällenbach ab.
EVP Herzogenbuchsee: Werner Liechi ist neu alleiniger Präsident. Er hatte bislang das Co-Präsidium zusammen mit Christian Bracher inne.
EVP Affoltern a. A.: Alice Zollinger ist als Co-Präsidentin zurückgetreten. Armin Siegrist macht im Präsidium weiter.

Abschied

Die EVP Kanton Graubünden hat mit **Dr. Hans Eidenbenz** einen Mitstreiter und guten Freund verloren. Als Mitglied des Grossen Landrats Davos war er der erste Mandatsträger der EVP im Kanton. An der Ersatzwahl nimmt die EVP mit Christian Thomann teil, Mitarbeiter beim Physikalisch-Meteorologischen Observatorium Davos. Alt Landrat **Heinrich Kellerhals** aus Muttenz ist im Mai verschieden. Wir sprechen den Angehörigen unser tiefes Mitgefühl aus.

A.Z.B.
3000 Bern 7

Adressberichtigung melden

Oil Rust / TearFund Schweiz

BLITZKASTEN



WAHLKAMPF MIT GUTEM ZWECK

(nh). Nach dem Motto «Gutes Tun und darüber reden» will die EVP im Wahlkampf nicht nur Flyer verteilen und Unterschriften sammeln, sondern zusätzlich mit einer Aktion für einen guten Zweck auf sich aufmerksam machen. Die Idee ist, dass bei Standaktionen der Ortsparteien Snacks oder kleine Mahlzeiten verkauft werden, deren Erlös in ein Bildungsprojekt für Aidsweisen in Sambia fliesst, verantwortet von der christlichen Entwicklungs- und

Nothilfeorganisation TearFund Schweiz. Der Fantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt und es können zum Beispiel Früchtespiessli, Guetzli, Kuchen, HotDogs, Fruchgetränke, Pizza etc. angeboten werden. Auch ist nicht zwingend, dass der Erlös aller Standaktionen dem TearFund-Projekt in Sambia zukommt, da aber eine mediale Begleitung geplant ist, erwarten wir mehr Wirkung, wenn wir Zahl und Sammelbetrag aller Standaktionen

auf nationaler Ebene kommunizieren können. Pilot-Projekte vor den Zürcher Kantonsratswahlen haben gezeigt, dass auch die lokalen Medien Berichte drucken, wenn sie mit Eingesandten vor oder nach der Veranstaltung beliefert werden. Entsprechende Vorlagen sind vorhanden, wie auch Plakate, welche die Aktion und das Projekt beschreiben. Weitere Informationen unter www.evp-waehlen.ch > Mitmachen > Sambia.

Einladung zu DV und Wahlauftakt

Einladung zur Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am Samstag, 17. September 2011, 10.15 bis 16.00 Uhr im EGW in Bern.

1. Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
2. Besinnliche Einleitung
3. Grussworte
4. Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
5. Debatte zur Asyl- und Ausländerpolitik (Migration), Resolution
6. Schlusswort des Parteipräsidenten

Anschliessend offizieller Wahlauftakt der EVP auf dem Waisenhausplatz in Bern: mit Kurzansprachen der EVP-Spitzenkandidierenden, Auftritt des Songwriters Michael Wespi, Tanzvorführungen, «Unterschriftensammeln auf Zeit», Verpflegungs- und Informationsständen, Hüpfburg u.a. Das Programm ist für Familien geeignet.



Ich melde mich für die DV vom 17. September 2011 an.
(Webanmeldung möglich unter www.evppev.ch > Termine)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden bis am 14. März 2011 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7

CLUB1000



Event mit Peter Wild

Am 3. Dezember 2011 will sich die EVP bei Ihren Unterstützern im Wahlkampf bedanken. Alle, die der EVP im Lauf des Jahres 1000 Franken oder mehr gespendet haben, sind eingeladen zu einem feinen Essen und anschliessenden Abendprogramm mit dem Cabarettisten Peter Wild (bekannt von «Die Wildlinge»). Die Alte Mühle in Langenthal ist tagsüber Tagungsort der DV, fürs Abendprogramm werden auch Einzeleintritte erhältlich sein.